



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

[Nr. 4]

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

25. 5. 1984



Aus dem Inhalt

In eigener Sache	3
Aus gegebenem Anlaß	3
Bistroeröffnung	4
Kinderfest	6
Universitätsball im Sommer	7
Begriffsverwirrung	8
Blutspendeaktion	9
Studienplatznachfrage	9
Einrichtung neuer Studiengänge	12
Siegener Modell	13
Nottingham-Austausch ausgeweitet	14
'Buden'-Suche	15
Patenschaft für ausländische Studenten	16
Messe-Nachlese Hannover 1984	17
Innovations- und Technologietransfer	18
Frau Minister und die Studenten	23
Prof. Biedenkopf: Kontakte ausbauen	25
Personalversammlung 1984	27
Ein Wort zum Sonntag	28
Personalveränderungen	29
Leserbriefecke	30
Zu guter Letzt	38

Herausgeber:

Universität-Gesamthochschule-Paderborn
Hochschulverwaltung

Verantwortlich für den Inhalt: Siegfried Kretschmer

Foto: Seela/Lüttmann

Design: M.List

In eigener Sache

Die 'Hausmitteilungen' mußten ein neues Gesicht erhalten, weil die Erlaubnis zum Abdruck der als Signet gedachten Zeichnung der Baustufe 1975 nach Erscheinen der Ausgabe vom 4. April vom Leiter des Seminars, in dem die vier Studenten die Zeichnung angefertigt haben, zurückgezogen worden ist.

Das neue Deckblatt soll nun nach Möglichkeit jeweils mit Bezug zu einem Textbeitrag gestaltet werden. Dazu sind Anregungen nach wie vor hochwillkommen.

Im übrigen: An dieser Ausgabe haben Angehörige der Dezer-nate 2, 3, 4 und 5 sowie der neue Mitarbeiter in der Pressestelle mit Beiträgen bzw. mit Material mitgewirkt.

Die Redaktion

Aus gegebenem Anlaß.....

Die Dienststelle teilt mit, daß der für den Betriebsausflug 1984 in Aussicht genommene Termin 31. August im Kreis der Mitarbeiter als weniger geeignet eingeschätzt wurde, da dann erfahrungsgemäß noch viele Urlauber gehindert sind, teilzunehmen. Neuer Termin ist der 21. September.

Bistroeröffnung

Am 3. Mai hat der Geschäftsführer des Studentenwerks, Karl Milz, das sogenannte Bistro offiziell von Kanzler Ulrich Hintze übernommen. Die Presse berichtete darüber, das Studentenwerk hat durch Anschläge auf das vom 7. Mai an zusätzlich bestehende Angebot hingewiesen.

Das Bistro hat rd. 50 Plätze in den ehemaligen Keller-räumen des Kerns zwischen den Bauteilen A und D, an der Südseite befindet sich eine Terrasse mit weiteren 50 Plätzen. Das Studentenwerk verspricht gepflegte Gastlichkeit bei zivilen Preisen (diese sollen etwa in der Mitte zwischen den Preisen in der Snack-Bar und denen der örtlichen Gastronomie liegen, allerdings bei Tischbedienung), im übrigen sollen - so die Ankündigung - ausgesuchte Speisen und Getränke angeboten werden. Öffnungszeit ist durchgehend von 11.00 - 23.00 Uhr.



Der Leiter der Wirtschaftsbetriebe, Detlef Gehrman und die Bistro-Mannschaft, Birgit Gerdiken und Gabi Grossert, wünschen sich stets guten Besuch mit mindestens kostendeckenden Umsätzen.

Die Idee für die Nutzung des Kernbereiches ist uralte, sie wurde dem ehemaligen Gruppenleiter für Bauangelegenheiten im Wissenschaftsministerium, LMR Dr. Demmler, schon vor Jahren bei einem gemeinsamen Rundgang mit Vertretern des damals auch für Bauangelegenheiten zuständigen Finanzministeriums! vorgetragen. Wie man weiß, erfordert die Durchsetzung kostenträchtiger Baumaßnahmen aber großes Beharrungsvermögen und viel Geduld. Und so konnten die notwendigen Umbauten, die Installationen für die Ver- und Entsorgung, erst am 23. 10. 1983 im wesentlichen von Handwerkern des TBD (es wurden für Maurer- und Kachelarbeiten 2 Mitarbeiter, 1 Anstreicher, 3 Heizungsmonteure, 4 Elektroinstallateure und 2 Klempner eingesetzt) in Angriff genommen werden.



Die Baukosten (überwiegend für Material) haben etwa 170.000,-- DM betragen, für die Einrichtung ist einmal mehr die Paderborner Brauerei eingesprungen.

Bleibt zu wünschen, daß viele Mitarbeiter und Studenten von den oft überfüllten übrigen Einrichtungen der Wirtschaftsbetriebe in das Bistro ausweichen und für Umsätze sorgen, die den wagemutigen Schritt des Studentenwerks honorieren.

Kinderfest

Die Hochschule wird am 31. Mai, zusammen mit einer Anzahl Akteuren aus der Stadt Paderborn, ihr diesjähriges Kinderfest durchführen. Nachdem in der Vergangenheit viele ehemalige Aktionen der Studentenschaft durch Kolleginnen und Kollegen aus der Hochschulverwaltung übernommen werden mußten, hat sich die AStA in diesem Jahr wieder zur tatkräftigen Teilnahme angemeldet. Die Fächer Kunst und Sport werden in gewohnter Weise ihren Part abdecken.

Zusammen mit den externen Veranstaltern wird den Kindern eine bunte Palette von Spielen und Betätigungen angeboten, z.B. Wasserrutsche, Torwandschießen, Luftkissen, Trampolinspringen, Hindernisläufe für BMX-Räder, Kettcarrennen, Autorenlesung mit Uwe Natus, Kindereisenbahn, Schaumberge der Feuerwehr, Luftballonwettbewerb, Malspiele, das Figurentheater von Peter Buck, Musik von den Fly By Night und einer weiteren Band, Schminken der Kinder von Mitgliedern der Studiobühne (evtl. unterstützt von den Kammerspielen) und eine Reihe weiterer Spiel- und Sportaktionen von seiten des Hochschulsports und des Jugendamtes Paderborn.

Der 31. Mai (Vatertag) ist, abgesehen von der ohnehin sehr engen Terminsituation dieses Sommers, auch in seiner Eigenschaft als traditioneller Wander- und Ausflugstag gewählt worden. Beim Kinderfest haben viele Paderborner deshalb Gelegenheit, Teile der Hochschule (allerdings oh-

ne Führungen) zu besichtigen, wodurch das Fest gleichzeitig zu einem kleinen "Tag der offenen Tür" wird.

Das umfangreiche Verpflegungsangebot (alkoholische und nichtalkoholische Getränke, Würstchen, Erbsensuppe, Waffeln etc.) sowie die Tatsache, daß das Studentenwerk die Cafeteria öffnet und in diesem Jahr erstmalig auch das "Bistro" als Verweilstätte anbieten kann, macht es vielen Besuchern leichter, die Hochschule an diesem Tag als Wanderziel oder Wanderabschluß vorzusehen.

Universitätsball zum Sommeranfang

Die Vorbereitungen für den Hochschulball 1984 laufen zur Zeit auf Hochtouren. Kartengestaltung, Plakatgestaltung, Sitzaufteilung, Dekoration, Beiprogramm, Band, Büfett, Verpflegung mit Getränken oder Bereitstellung des Tischservice sind einige von vielen Punkten, die geklärt und aufeinander abgestimmt werden müssen. Die oft "rätselhaften" Informationswege haben dazu geführt, daß die Presse vor einiger Zeit einen falschen Veranstaltungstag angab. Die Planung hat sich jedoch nicht verändert und der 23. Juni 1984 ist immer noch der Tag des Geschehens.

Abweichend von einer ersten Ankündigung wird die Tanzmusik am Ballabend von der "Life-Band" gestaltet. Diese Gruppe kann als ebenso gut wie die bisherige Tanzband angesehen werden, sie hat jedoch ihre bisherigen Aktivitäten schwerpunktmäßig in den Räumen Gütersloh, Kassel, Frankfurt und München entwickelt.

Das Beiprogramm gestaltet in diesem Jahr das "collegium musicum" der Hochschule. Zur Eröffnung intoniert ein vielköpfiges Orchester Ungarische Tänze u.ä. Später folgen zwei Auftritte einer Studentengruppe der "Musika-

lischen Plombenzieher", die u.a. Anleihen beim "Golden Gate Quartett" aufgenommen haben. Ob am Bierbrunnen wieder eine Jazzformation oder, zur Abwechslung, ein Barpianist auftreten wird, steht zur Zeit noch nicht fest.

Im Eintrittspreis von 30,-- DM, Schüler und Studenten 20,-- DM, ist wie gewohnt das kalte Büfett enthalten. Die Veranstalter hoffen, daß dieses günstige Festangebot noch mehr Hochschulangehörige zur Teilnahme animiert.

Der Kartenvorverkauf beginnt am 28. Mai, wobei Platzreservierungen und Erwerb im Studentensekretariat B 0-312, bei Herrn Klenke, vorgenommen werden können.

Begriffsverwirrung

Die einen redeten wie zu Ingenieurschulzeiten noch immer von 'unserer Schule', andere assoziierten Gesamthochschule mit Gesamtschule. Alt-Gründungsrektor Carstensen jedenfalls wurde seinerzeit bei einer offiziellen Veranstaltung als Rektor einer Gesamtschule begrüßt.

Man sollte meinen, nach Inkrafttreten des WissHG, das in § 1 Abs. 2 bei der Aufzählung der wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen die Bezeichnung Universität-Gesamthochschule-Paderborn wählte, hätte sich der Sprachgebrauch geändert. Zum Leidwesen vieler, die der Bevölkerung die Existenz der Universität-GH-Paderborn bewußter machen wollen, verwenden viele Hochschulmitglieder aber nach wie vor die Vokabel 'Schule'. Vielleicht sollte die bei Dienstbesprechungen mit dem Personalrat früher einmal praktizierte Übung Gemeingebrauch werden: Wer die Universität-GH-Paderborn als Schule bezeichnet ist mit 0,50 DM dabei.

Blutspendeaktion

Am 16. Mai wickelte das Deutsche Rote Kreuz - für viele plötzlich und unerwartet - den im Sommersemester fälligen Blutspendetermin im Mensagebäude ab. Das Ergebnis war danach: nur 185 Spender fanden sich ein, angesichts der Personal- und Studentenzahlen am Standort Paderborn eine beinahe vernachlässigbare Größenordnung.

Möglicherweise ist die schwache Beteiligung auf die fehlenden Vorankündigungen - der AStA hatte den Aushang der Plakate schlicht vergessen - zurückzuführen, so daß beim nächsten Mal, am 13. November, bei rechtzeitiger Bekanntgabe eventuell mehr Blutkonserven erwartet werden können.

Über den hohen Wert des Blutspendedienstes dürften keine Zweifel bestehen, insbesondere dann, wenn man selbst oder ein naher Angehöriger schon einmal auf Konserven angewiesen war. Die Blutspende hat im übrigen einen angenehmen Nebeneffekt: das Blut wird kostenlos untersucht und das DRK unterrichtet den Hausarzt innerhalb von 8 - 14 Tagen, falls dabei eine Erkrankung erkannt wird.

Studienplatznachfrage

Obwohl der Studentenstrom noch reichlich fließt und allenthalben Rufe nach Verstärkung der personellen und sächlichen Ausstattung laut werden, beschäftigen sich schon viele Insider mit dem für die 90iger Jahre zu erwartenden Rückgang der Studienanfängerzahl. Diese "Beschäftigung" wird nicht selten Mittelpunkt und Grundlage politischer Auseinandersetzungen und mitunter auch der "Knüppel, mit dem man den Sack schlägt, jedoch den Esel meint".

Für die Hochschulstatistik, das Prüfungssekretariat oder das Studentensekretariat bedeuten diese Vorgänge, daß immer wieder neue Statistiken, Datenzusammenstellungen oder Gegendarstellungen erarbeitet werden müssen, um konkreten Vorwürfen zu entgegnen.

Obwohl viele Universitäten des Bundesgebietes lautstark verkünden, daß sie zu mehr als überlastet seien und nichts lieber sähen, als daß auch Hochschulen mit relativ mehr Raum sich stärker an dieser Überlast beteiligen, folgt diesem Lamento oft der Vorwurf auf dem Fuße, daß viele neue Hochschulen "Auffang- oder Abschöpfleinrichtungen" der so überaus beliebten "klassischen Bildungsfabriken" seien. Wie in jedem Pauschalurteil steckt auch in dieser Aussage ein kleiner Prozentpunkt Wahrheit, der jedoch bei undifferenzierter Betrachtung zu falschen Schlußfolgerungen führen würde.

Erläutern läßt sich die Situation wie folgt:

Bei Studiengängen, in denen Studienplätze ohne Zulassungsbeschränkung von den Hochschulen vergeben werden, kann naturgemäß kein Abschöpfungsprozeß stattfinden, da jeder Studienbewerber seinen Hochschulort frei wählen darf. Schwerpunktmäßig trifft dies zur Zeit auf die Lehramtsstudiengänge zu, in denen an allen Hochschulen des Bundesgebietes die Auslastung durchschnittlich bei ca. 50 % liegt. Werden andere Studiengänge, wie z. B. Elektrotechnik und Maschinenbau zum Vergleich herangezogen, stellt man fest, daß die Zahl der tatsächlichen Einschreibungen die rechnerische Aufnahmekapazität der beiden Fachbereiche erheblich überschreitet.

Ebenso deutlich wird das Bild bei Studiengängen, die in das ZVS-Verfahren einbezogen sind. Hier geben ZVS-Auswertungen wieder, wieviel Bewerber einen bestimmten

Studienort als ersten Ort ihrer Wahl genannt haben. Die nachfolgende Aufstellung soll dieses Bild verdeutlichen:

<u>Studiengang</u>	<u>Kapazität</u>	<u>Bewerber/Einschreibungen</u>
Maschinenbau	226	255
Elektrotechnik	212	241

Informatik	49	220
Landbau	82	419
Landespflege	80	300
Betriebswirtschaft	216	190
Volkswirtschaft	72	43 (312)
Architektur	84	44 (95)
Pädagogik	52	25 (31)
		1 737
1 075		

Die Klammerzusätze bei den Studiengängen Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft, Architektur und Pädagogik lassen erkennen, daß mehr Bewerber eingeschrieben worden sind, als sich ursprünglich für Paderborn interessiert hatten. Ob für diese Studieninteressenten Paderborn nun der Ort der zweiten oder siebten Wahl war, ist nicht erkennbar.

Diesem punktuellen Abschöpfungsprozeß steht gegenüber, daß sich auf 1 075 Studienplätze in den genannten Studiengängen 1 737 Schulabgänger beworben haben; die fortschreitende Konsolidierung der Universität-GH-Paderborn in der Hochschullandschaft wird dadurch deutlich belegt. Zur Ausschöpfung des Bewerberpotentials wäre es erforderlich, vornehmlich dort Studienkapazität auszubauen, wo eine Übernachfrage besteht. Da die Nachfrage inzwischen jedoch sehr empfindlich auf veränderte Arbeitsmarktchancen reagiert, die Orientierung des Studienangebotes allein an kurzfristi-

gen Entwicklungen aber weder zweckmäßig noch wünschenswert ist, werden die Hochschulen Angebot und Nachfrage niemals vollkommen zur Deckung bringen können und wollen. Genauso verhält sich auch die Universität-GH-Paderborn.

In den vergangenen 3 Jahren hat sich die Zahl der Studierenden an der Universität-Gesamthochschule-Paderborn dennoch kontinuierlich um je 1 000 gesteigert und im Wintersemester 1983/84 konnten über 11 000 Studierende gezählt werden. Auch im kommenden Wintersemester wird mit einem gleichen Zahlenanstieg gerechnet, so daß die Zahl 12 000 sicherlich in greifbare Nähe rückt.

Einrichtung neuer Studiengänge

Auf Antrag der Fachbereiche 10 - Maschinentechnik I - und 14 - Elektrotechnik - hat der Senat am 2. Mai 1984 die Einrichtung von Ergänzungsstudien im Sinne von § 87 Abs. 4 WissHG beschlossen. Gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 2 WissHG ist dafür allerdings noch die Genehmigung durch den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW erforderlich.

Die Ergänzungsstudiengänge Elektrotechnik und Maschinenbau sollen besonders qualifizierten Absolventen entsprechender Fachhochschulstudiengänge die Chance bieten, einen weiteren berufsqualifizierenden Diplomabschluß im mehr theoriebezogenen wissenschaftlichen und längeren Ast der integrierten Studiengänge der genannten Fachbereiche (besondere Lehrveranstaltungen werden nämlich nicht angeboten) zu erwerben.

Obwohl die Studienstrukturbeschreibungen keine speziell auf Bewerber aus den Standorten Meschede und Soest bezogene Regelungen enthalten, ist die überwiegende Annahme

der Studiengänge von Absolventen von dort zu vermuten und das wird natürlich zur stärkeren Verklammerung der beiden Abteilungen mit dem Zentralort beitragen. Insgesamt also ein schönes, die Abteilungsstruktur der Hochschule stützendes Beispiel.

Siegener Modell

Die Nase vorn hat die Universität-GH-Siegen bei der Entwicklung von Mehrfachqualifikationsmodellen für Lehramtskandidaten. Nach einer Presse-Information des Sozialliberalen-Hochschulverbandes (SLH) haben Lehramtskandidaten des Faches Chemie mit abgeschlossenem Staatsexamen für die Sekundarstufe II an der Uni Siegen nämlich seit neuestem die Möglichkeit, die Wartezeit bis zum Eintritt in das Referendariat mit einem zwei- bis dreisemestrigen Studium zum Erwerb des Abschlußgrades 'Diplom-Laborchemiker' im Hauptstudium I des integrierten Studiengangs Chemie sinnvoll zu überbrücken.

Das kurze Zweitstudium resultiert aus der Anrechnung der Studienleistungen im S II - Studiengang Chemie, die Bandbreite von 2 - 3 Semestern ergibt sich aus der individuellen Fächerkombination der einzelnen Kandidaten. Der SLH hat die Übernahme dieses Modells durch die Universitäten-GH- empfohlen; er sieht darin für angehende Lehrer eine gute Chance, einer eventuellen Arbeitslosigkeit auszuweichen.

Die Idee ist nicht neu. An der Universität-GH-Paderborn waren die Überlegungen zum Angebot von Alternativen zur Erlangung eines berufsqualifizierenden Abschlusses für Absolventen von Lehramtsstudiengängen jedenfalls schon im Frühjahr 1983 so weit gediehen, daß der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW gebeten wurde,

in bezug auf eine Ausweitung der Ausnahmetatbestände nach § 7 Abs. 2 BAföG Initiativen zu entfalten. Da für Zweitstudien nämlich nur in Ausnahmefällen, die beim angesprochenen Personenkreis in der Regel nicht gegeben sind, Ausbildungsförderung gewährt wird, wurde der Novellierung des BAföG vom Gründungsrektorat entscheidendes Gewicht für den Erfolg der Pläne, angehenden Lehrern mit mathematisch-naturwissenschaftlicher Fächerkombination in FH - Studiengängen - zunächst an der Abteilung Meschede - ein Zweitstudium zum Erwerb des Grades Dipl.-Ing. anzubieten, beigemessen.

Mit Erlaß vom 27.04.1983 teilte der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW mit: 'Gegenwärtig sehe ich keine Möglichkeit, die von Ihnen angestrebte Ausweitung der Ausbildungsförderung zu erwirken'. Der Schwung ging danach verloren und das weitere Ziel, Modellstudienverlaufspläne für Absolventen der Lehramtsstudiengängen mit allen denkbaren Fächerkombinationen zu entwickeln, wurde wegen der vermuteten geringen Nachfrage zurückgestellt. Vorerst muß daher wie seit jeher im Einzelfall über die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen entschieden werden.

Nottingham-Austausch ausgeweitet

Ein bemerkenswerter Erfolg bei dem Versuch, die Auslandsaktivitäten unserer Hochschule über die geistes- und wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereiche hinaus auch auf die Ingenieurwissenschaften auszuweiten, ist jetzt im Rahmen unserer Kooperation mit dem Trent Polytechnic in Nottingham gelungen.

Aufgrund straff strukturierter Studiengänge und immer noch guter, aber sich verschlechternder Arbeitsmarkt-

chancen war bisher bei Ingenieurstudenten eher die Neigung festzustellen, ihr Studium möglichst schnell - und das heißt auch ohne Auslandsaufenthalte - zu absolvieren. Nach dem Besuch einer Delegation des Fachbereichs 16 - Elektrische Energietechnik - aus Soest in Nottingham, ist nun eine Vereinbarung getroffen worden, die einen Studenten- und Wissenschaftlertausch in größerem Umfang vorsieht:

- Schon im WS 84/85 soll ein Austausch von Langzeitpraktikanten beginnen: 3 Soester Studenten, die ihr Grundstudium absolviert haben, gehen nach England, dafür kommen 3 - 5 Engländer als Praktikanten in die Gegend von Soest;
- 2 - 3 Diplom-Ingenieure aus Soest sollen noch im WS 84/85 nach Nottingham, um dort ihrem deutschen Abschluß noch einen britischen "Bachelor of Engineering" hinzuzufügen, umgekehrt sollen britische Ingenieure in Soest zusätzlich ihren deutschen "Diplom-Ingenieur" machen.

Außerdem ist ein direkter Wissenschaftler-Austausch geplant, der noch in diesem Jahr mit einem Englisch-Intensivkurs für Lehrende des FB 16 in Nottingham beginnen soll.

'Buden'-suche

Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit dem Trent Polytechnic in Nottingham fahren in jedem Jahr Paderborner Studenten nach Nottingham, um dort 1 bzw. 2 Semester zu studieren. In der Hauptsache sind Studenten der Wirtschaftswissenschaften an diesem Austausch beteiligt, jedoch auch Studenten anderer Fachbereiche (Sprach- und Literaturwissenschaften, Maschinenbau, Elektrotechnik usw.) nehmen diese Möglichkeit des Auslandsstudiums wahr.

Im Gegenzug kommen ebenfalls im September eines jeden Jahres Nottinghamer Studenten des Trent Polytechnic nach Paderborn. Die englischen Studenten halten sich im Rahmen des Studienganges "European Business" (Wirtschaftswissenschaften) 1 Jahr in Paderborn auf.

Regelmäßig entstehen Schwierigkeiten, für die relativ kurze Mietdauer von einem halben bzw. einem Jahr möblierte oder teilmöblierte Unterkünfte zu vermitteln.

Falls jemand die Möglichkeit hat, an einen englischen Studenten ein Zimmer zu vermieten, bittet das Akademische Auslandsamt um kurze Mitteilung (Tel. 2450).

Patenschaft für ausländische Studenten

Eine erfreuliche Anfrage erreichte das Akademische Auslandsamt im April: Eine Dame aus Oelde, die in der Zeitung von den teilweise sehr schwierigen Lebensbedingungen ausländischer Studenten gelesen hatte, machte spontan das Angebot, eine Patenschaft für einen Ausländer oder eine Ausländerin zu übernehmen, um Integrationshilfe zu leisten. Auch eine finanzielle Unterstützung wurde angeboten. Die Kommission, die das Akademische Auslandsamt bei der Vergabe von Notfallhilfen berät, hat inzwischen einen Studenten für diese Patenschaft vorgeschlagen.

Besonders für jüngere Semester mit Anfangsschwierigkeiten, sich in Deutschland einzuleben, wäre die Einrichtung einer Patenschaft sicher ein günstiger Weg, Schwierigkeiten zu überwinden und zwar auch dann, wenn die Patenschaft keine finanzielle Unterstützung mit einschließt. Insgesamt ein nachahmenswertes Beispiel!

Messe-Nachlese Hannover 1984

Die Universität-GH-Paderborn war - wie schon berichtet - auf der diesjährigen Hannover-Messe in der Halle 7 auf dem Gemeinschaftsstand nordrhein-westfälischer Hochschulen vertreten durch:

Bildverarbeitungsanlage (Prof. Aldejohann)

Linearmotoren (Prof. Dr. Draeger, Prof. Dr. Moczala)

Metallanalytik (Prof. Dr. Lendermann, Prof. Dr. Ziegler).

Der Besuch der Exponate war sehr gut, es konnten etliche für die künftige Entwicklung wichtige Kontakte geknüpft werden. Hervorzuheben sind Kooperationen von Prof. Aldejohann mit einem Industriebetrieb sowie mit der Augenklinik des Klinikums Charlottenburg der FU Berlin (Prof. Dr. Wollensack). Die Metallanalytik erhielt wesentliche Impulse für eine Weiterentwicklung der Anlage und konnte Industriekontakte knüpfen, bei den Linearmotoren stand das Interesse einer industriellen Verwertung im Vordergrund. Auch hier haben sich erfolgversprechende Ansätze ergeben.

Nachdem die Hannover-Messe, gemessen am Interesse des Publikums für unsere Exponate, wiederum ein voller Erfolg war, ist es an der Zeit, auch über negative Seiten dieser Veranstaltung nachzudenken.

Zu kritisieren ist vorrangig die Dominanz von Aachen. Entgegen zuvor getroffene Absprachen tauchte auch in diesem Jahr wieder die IHK Aachen auf dem Gemeinschaftsstand auf und zwar erneut an einer exponierten Stelle des Standes. Das ist mit der Zielsetzung des Standes, der Präsentation der Hochschulforschung in Nordrhein-Westfalen, nicht vereinbar. Die IHK selbst ist keine forschende Einrichtung, sie hilft bestenfalls bei der Umsetzung von Ergebnissen. Als unfair gegenüber den anderen

Ausstellern müssen auch die großflächigen Aufschriften und die Werbung für eine "Technologieregion Aachen" bezeichnet werden. Zum Gemeinschaftsstand gibt es keine Alternative, wohl aber zur Dominanz der beiden Aachener Hochschulen. Allerdings wäre zur Darstellung der Fehlentwicklungen beim Wissenschaftsminister eine Initiative mehrerer Hochschulen erforderlich.

Besonders bedeutende Besucher am Stand der Uni-GH-Paderborn waren Ministerpräsident Rau, Minister Dr. Krumsick mit Mitgliedern des Wissenschaftsausschusses des Landtages, der norwegische Botschafter, der Landrat des Hochsauerlandkreises mit Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses, eine Delegation der Kommission für Wirtschaftsförderung des Kreises Heinsberg unter Leitung des Oberkreisdirektors, Ministerialdirigent Dr. Besch und MR Dr. Speier aus dem Wissenschaftsministerium.

Die Broschüren über Forschung-Entwicklung-Beratung, über Studienmöglichkeiten etc. sowie das Plakat über das Studienangebot der Hochschule, fanden reißenden Absatz. Es ist allerdings zu vermuten, daß die Beschränkung auf zwei Broschüren (Auflage je 1 000 Stück) und vielleicht ein Faltblatt in größerer Auflage (evtl. 1 500 Exemplare) - sämtlich in professioneller Aufmachung - vorteilhafter sein könnte. Die Vorarbeiten dazu wurden ohne Verzug aufgenommen.

Innovations- und Technologietransfer

Der Senat hat am 2. Mai das obige Thema auf der Basis des nachstehenden Vermerks von Prorektor Prof. Dr. Hartmann an diskutiert. Abschließende Ergebnisse können nach der ersten Beratung auf Senatsebene noch nicht vorliegen; Bedenken gegen zu hohe Erwartungen an die Hochschule waren aber schon unüberhörbar.

Wegen des informativen Charakters des Vermerks halten wir die Veröffentlichung ungeachtet dessen schon jetzt für angebracht. Vorausschicken wollen wir allerdings, daß die Aufzählung den wichtigsten Beitrag einer Hochschule zum Transfer, die gute Ausbildung der Studenden, erstaunlicherweise vernachlässigt.

1. Bisherige Aktivitäten der Universität-GH-Paderborn

1.1 TBNW-Programm

Unter der Leitung von Prof. Dr. Stock läuft seit WS 1972/73 die vom Wirtschaftsminister geförderte Technische Beratung NW. Ursprünglich auf Fachhochschul-lehrer an Fach- und Gesamthochschulen beschränkt, seit 1984 auf Beteiligung von a-Professoren möglich. Das Programm umfaßt Kurz- bzw. Intensivberatungen bei mittelständischen Unternehmen.

1.2 Broschüre über Forschungsprojekte

Die Universität-GH-Paderborn hat in den Jahren 1982, 1983 und 1984 Broschüren mit einer Aufstellung der für Technologietransfer geeigneten Forschungsprojekte erstellt. Die Broschüre wurde an Interessenten - insbesondere während der Hannover-Messe - verteilt.

1.3 Teilnahme an der Hannover-Messe

Seit 1982 beteiligt sich die Universität-GH-Paderborn mit Exponaten an dem Gemeinschaftsstand der nordrhein-westfälischen Hochschulen.

1.4 Projektgruppe "Technologietransfer"

Auf der Basis des Prognos-Gutachtens zum "Wirtschafts- und Regionalentwicklungsprogramm für den Kreis Paderborn" beschäftigte sich eine Projektgruppe mit diesem Thema. Neben dem Kreis, den Kammern, Vertretern von Unternehmen usw. waren auch die Pro-

fessoren Dr. Lückel, Dr. Hartmann und Dr. Stock vertreten. Das Ergebnis wurde als Abschlußbericht dem Kreistag vorgetragen.

1.5 Kontakt mit "TU-Transfer" Berlin

Auf Einladung des Vizepräsidenten der TU Berlin, Professor Dr. Künkel, besuchten die Prorektoren Schlimme und Hartmann die Technologietransferstelle ("Technologieladen") sowie das Berliner Innovations- und Gründerzentrum (BIG). (Anmerkung der Redaktion: Dem Senat lag ein längerer Artikel über die Aktivitäten des BIG auf den Arbeitsebenen Informationstransfer, Technologietransfer, Personaltransfer, Unternehmensgründung, Weiterbildung und Transferforschung vor).

2. Chancen und Probleme des Technologietransfers

2.1 Transfer-Typen

Um den vielschichtigen Diskussionsstoff zu strukturieren, sollen zunächst stichwortartig die wichtigsten "Schienen" für den Technologie-Transfer beschrieben werden:

- A Größere Firmen arbeiten gemeinsam mit Hochschulen an mittelfristigen Projekten, häufig unter Einwerbung von Drittmitteln (z. B. vom Bundesminister für Forschung und Technologie).
- B Kleinere Firmen haben - bei tragfähiger Produktionsstruktur - Detailprobleme, die durch Beratung und Hilfestellung seitens der Hochschulen lösbar sind.
- C Kleinere Firmen haben innovationsbedürftige Produktionsstruktur; die Hochschulen sollen - meist unter Zeitdruck - fertige oder fertigungsreife, innovative Produkte abliefern.
- D In "Technologieparks" wird den Gründern innovativer Firmen eine "gedeihliche" und gemeinsam nutz-

- bare Infrastruktur geboten. Die Hochschulen bieten Zugang zu Geräten und Einrichtungen sowie ggf. betriebswirtschaftliche Betreuung durch Seminare.
- E Hochschulen entwickeln im Rahmen der laufenden Forschung innovative Verfahren oder Geräte und bieten Prototypen bzw. Patente zur Weiterentwicklung (Serienreife) an, z. B. auf Messen, über Patentagenturen oder über direkte Kontakte.
 - F Hochschulen vermitteln geeignete Mitarbeiter ("Innovationsassistenten") an "innovationswillige" Firmen (Personaltransfer).
 - G Hochschulen bieten Weiterbildungsveranstaltungen auf technischen bzw. betriebswirtschaftlichen Gebieten an (Wissenstransfer).

2.2 Einschätzung

Am bekanntesten und seit langem am besten eingespielt, ist der Transfer-Typ A. Er beschränkt sich aber bereits dem Wesen nach auf "technologiebewußte" Firmen und kann nicht durch Aktivität der Hochschulen beliebig im Volumen vergrößert werden.

Typ B bringt keine Innovationsschübe, trägt aber auch keine Projekte mit eigenen Drittmittel-Mitarbeitern. Da sich die Diskussion mit Hochschulangehörigen auf Detailprobleme beschränkt, sind im allgemeinen die Hemmschwellen nicht allzu hoch. Es ist zu diskutieren, ob dieser Transfertyp bereits durch TBNW abgedeckt wird oder unter veränderten Randbedingungen abgedeckt werden kann.

Der politisch aktuellste ist Transfertyp C, weil davon eine Umorientierung gefährdeter Firmen auf neue, tragfähige Produktionsstrukturen erwartet wird. Er ist aber gleichzeitig der schwierigste, weil sowohl bei den Betrieben als auch bei den Hochschulen kaum überwindbare Hürden vorhanden sind. Die Betriebe

können die technologischen Lücken oft selbst nicht erkennen, scheuen sich die Rückständigkeit vor Außenstehenden zu bekennen, Entscheidungsträger fürchten, bei Strukturänderungen entbehrlich zu sein usw. Umgekehrt sind die Hochschulen zwar in der Lage, Lösungsvorschläge und Konzepte für innovative Produkte zu erarbeiten. Sie sind jedoch im allgemeinen nicht in der Lage, betriebssichere, fertigungsreife, dem Markt angepaßte, kostengünstige, seriengeeignete usw. Produkte in engen zeitlichen Grenzen zu schaffen.

Die größten Chancen für eine Änderung der Firmenstruktur einer Region besteht voraussichtlich in der gezielten Förderung junger Unternehmen, also in Typ D. So sind die innovativen Unternehmen im "Silicon Valley" fast ausschließlich Neugründungen. Die von den Hochschulen einzubringenden Dienstleistungen (Gerätenutzung, Seminare, Kontaktgespräche) sind hochschultypisch und auch von einer im Personalsektor unterdurchschnittlich ausgestatteten jungen Hochschulen erbringbar.

Die selbständige Entwicklung von innovativen Verfahren oder Geräten (Typ E) ohne Beteiligung der Industrie läßt sich in Hochschulen nicht erzwingen. Die hochschulinterne Umsetzung in Produkte läuft im allgemeinen "am Markt" vorbei. Dieser Aspekt sollte bei der Beteiligung an der Hannover-Messe bedacht werden.

Die Transferschienen "Personaltransfer" (F) und "Weiterbildung" werden zwar oft in diesem Zusammenhang diskutiert, sollten bei einem ersten Durchgang aber ausgeklammert werden.

Frau Minister und die Studenten

Am 7. Mai fand sich bildungspolitische Prominenz in Paderborn ein: Frau Bundesminister Dr. Wilms besuchte die Hochschule, Herr Dr. Krumsiek persönlich vertrat als entsprechender Fachminister das Land Nordrhein-Westfalen. Die Zeitungen haben ausführlich und mit bemerkenswerten Kommentaren berichtet. Interessant ist schon die Vorgeschichte: In ihren "16 Thesen für eine Hochschulpolitik der 90-er Jahre" hatte die CDU-Politikerin Gesamthochschulen abgelehnt. Das wollte die Universität-GH-Paderborn genauer hören und begründet wissen. Dr. Wilms nahm die umgehende Einladung des Rektors prompt an, sich doch einmal ein Bild vor Ort zu verschaffen, - ihm einen Korb zu geben, wäre wohl nicht ohne Nachhall geblieben, aber man nimmt der Ministerin auch ab, was sie in Paderborn vorgetragen hat: es sei nie ihre Absicht gewesen, den Stand der Gesamthochschulen infrage zu Stellen, - allerdings sei die Gesamthochschule für sie auch kein Modell, nach dem alte Hochschulen organisiert sein sollten.

Mit sichtlichem Genuß verwies die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft auch darauf, daß ihr Tischnachbar, der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW, ebensowenig wie sie daran dächte, weitere Gesamthochschulen zu errichten.

Die Hochschule - und das konnte der Rektor sehr gut belegen - verglich Gründungsziele und Arbeitsergebnisse nach 12 Jahren mit dem Ergebnis, daß jedenfalls in Paderborn das Konzept aufgegangen ist. Möglich, daß manches, insbesondere in den integrierten Studiengängen an anderen Hochschulen weniger gut geglückt ist - der schmale Besuch des Hauptstudiums I an anderen Gesamthochschulen läßt sehr nachdenklich werden -, einzigartig dürfte in jedem Fall eine andere Tatsache sein, die in diesen Zeilen einmal etwas näher beleuchtet werden soll: In Paderborn dis-

kutieren zentrale Hochschulleitung und Dekane nicht hinter verschlossenen Türen mit ihren Besuchern, sondern öffentlich und mit Studenten.

War zunächst nur der AStA-Vorsitzende als Teilnehmer vorgesehen, so fand sich auf dessen Wunsch die komplette AStA-Mannschaft zur Beratung ein. Etwa 100 Studenten kamen noch hinzu, die vor den Türen des Senats warteten. Ein Teil von ihnen wollte seinen unübersehbaren Protest (am Pohlweg flatterte ein großes Transparent) gegen die Politik der Bundesministerin persönlich vortragen und begründen, andere waren schlicht neugierig, die Politikerin persönlich im Gespräch zu sehen; wieder andere schienen sich für "ihre Hochschule" ins Zeug legen zu wollen, und es gab schließlich auch eine Gruppe, die meinte, ihrem eigenen politischen Glaubensbekenntnis schuldig zu sein, ihre Kommilitonen in die Irre zu führen: Mit Blick auf die studentische Teilnahme an der Gesprächsrunde von einer Weigerung der Bundesministerin zu sprechen, Studenten anzuhören - wie dies leider wider besseres Wissen geäußert wurde - ist schon wenig wahrheitsdienlich.

Es muß wohl so gewesen sein, daß diese Studenten nicht im entferntesten daran geglaubt haben, tatsächlich kurzerhand vom Rektor noch dazu eingeladen zu werden und der Ministerin auch im wörtlichen Sinne gegenüberstehen zu können. Denn der vollmundig beanspruchte Vortrag dieser Gruppe, war doch sehr dürftig, nahm von den kostbaren 2 1/2 Stunden, die dem Besuch für die Hochschule zur Verfügung standen, Zeit in Anspruch, die andere gut vorbereitete Hochschulangehörige, auch Studenten aus der AStA-Mannschaft, besser genutzt hätten. Die Gunst der Stunde war von diesen Studenten jedenfalls vertan, den Selbstwiderspruch einer Bildungspolitik offenzulegen, die Wettbewerb zwischen Hochschulen fördern, aber unter den Studenten der Hochschulen Wettbewerbsschranken aufrechterhalten will, z.B. eben mit der Ablehnung gleicher Chancen

für Absolventen von Gymnasien und Fachoberschulen in integrierten Studiengängen.

Aber die Paderborner Studenten - aller Richtungen - haben, und das ist viel wichtiger noch, Engagement, Gesprächswillen und die Fähigkeit bewiesen, anderen Auffassungen und politischen Gegnern Raum zu geben. "Hinter verschlossenen Türen" zu tagen, diese Flucht ins Abseits, die doch so erbärmlich allem Hohn spräche, was wissenschaftlichem Diskurs und auch dem Gespräch in einer Hochschule Würde geben kann, diese peinliche Situation ersparen uns und sich selbst die Paderborner Studenten. Auch die Bundesministerin wußte das sehr wohl zu schätzen.

Professor Biedenkopf: Kontakte ausbauen

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf besuchte am Montag, dem 21.05., die Universität-GH-Paderborn. Der Besuch, gedacht als Informations- und Meinungsaustausch, - der CDU-Politiker war zum ersten Mal Gast an der Universität-GH-Paderborn - kam zustande auf Initiative des CDU-MdL Toni Schröder aus Salzkotten. Biedenkopfs Fazit: die jetzt geknüpften informellen Kontakte zur Universität-GH-Paderborn aufrechtzuhalten und weiter zu pflegen.

Der Kurzbesuch begann mit einem Gespräch im Rektorat, an dem seitens der Hochschule Rektor Prof. Dr. Friedrich Buttler, Kanzler Ulrich Hintze und die Prorektoren Prof. Dr. Freese und Prof. Dr. Dr. Schlimme teilnahmen. Der interessierte und in Fragen der Hochschulpolitik kompetente westfälische CDU-Landesverbandsvorsitzende (vormals Rektor der Universität Bochum), äußerte sich dabei positiv zur Konzeption der integrierten Gesamthochschule im Hinblick auf die Motivation von Studenten, die vor der Studienaufnahme eine Lehre absolvieren bzw. auf Berufserfahrung zurückblicken können. Diese Studenten, so Bieden-

kopf, seien in der Regel hoch motiviert für eine theoretische Weiterbildung an einer Hochschule.

Rektor Buttler wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es keinen Unterschied gäbe bezüglich der Qualifikation eines Studenten der Universität-GH und eines Studenten einer traditionellen Universität.

Weiterhin hob der Rektor die konstruktive Zusammenarbeit mit der heimischen Industrie auf dem Gebiet der Forschung und des Technologietransfers hervor.

Erfreulich gestalte sich ebenfalls, so Buttler, das Zusammengehen von Universität und der Stadt Paderborn im kulturellen und sportlichen Bereich.

Dem Kanzler war es vorbehalten, Prof. Biedenkopf bei dieser positiven Leistungsbilanz auch mit den nüchternen Zahlen des Universitätsalltages zu konfrontieren. Die Ist-Situation, erläuterte Ulrich Hintze, sei geprägt vom deutlichen Mißverhältnis von Studentenzahl einerseits und zur Verfügung stehenden räumlichen Kapazitäten auf der anderen Seite. Es sei davon auszugehen, daß sich diese schwierige Situation in naher Zukunft nicht verändern werde.

Direkten Einblick in Forschungsprojekte und -arbeit wurde Biedenkopf an den Arbeitsplätzen der Professoren Kumm und Carstensen gewährt. Der CDU-Politiker zeigte sich beeindruckt von den Arbeiten und Arbeitszielen sowohl des Ingenieurwissenschaftlers als auch des Anglisten.

Prof. Kumm beschäftigt sich zur Zeit u.a. intensiv mit dem Satellitenrundfunkempfang und digitaler Signalverarbeitung. Prof. Carstensen erstellt u.a. ein Wörterbuch über Anglizismen in der deutschen Sprache, ein Projekt, das mindestens noch vier Jahre bis zur endgültigen Ver-

öffentlichung in Anspruch nehmen werde, so Carstensen.

Ein vorzügliches Mittagessen in der Mensula ließ den Kurzbesuch von Prof. Biedenkopf ausklingen.



Professor Biedenkopf mit seinen Gesprächspartnern im Rektorat.

Personalversammlung am 18.05.1984

An dieser Stelle sollte ein Kurzbericht über die Personalversammlung erfolgen. Der Personalrat hat die Zustimmung dazu aber versagt, da nach seiner Auffassung damit die Nichtöffentlichkeit der Sitzung verletzt würde.

Auf die Wiedergabe der Tagesordnung können wir an dieser Stelle verzichten, da jeder nichtwissenschaftliche Mitarbeiter mit der Einladung eine solche erhalten hat.

Ein Wort zum Sonntag: "der Lehrling"

(Auszug aus einem Wortbeitrag von WDR-Chefreporter Klaus-Jürgen Haller zum Sonntagsmagazin A - Z; mit Genehmigung des Autors und des WDR).

Ein altes Wort, ein treffliches Wort, ein Wort, dem Ahnungslose böse mitgespielt haben. Bildungspolitiker, die von der Sprache keine Ahnung haben; Politiker, die meinen, daß Wörter beliebig austauschbar seien wie Parteiprogramme, und Politiker, die sachliche Probleme vornehmlich verbal bewältigen.

Der "Auszubildende" ist eine sprachliche Mißgeburt. Ohne Saft, ohne Kraft. Der "Auszubildende" ist nicht einmal als "Azubi" zu ertragen. Die da um die Emanzipation der beruflichen Bildung bemüht waren, die haben den Delinquenten, der angeblich vornehmlich die Werkstatt fegen und für den Meister Bier heranschleppen mußte, ins Passiv verpflanzt. Er ist ein Auszubildender, ein Jemand, an dem herumgedoktert wird.

Auszubildender, das ist die Sprache derer, die schon in ihrem Denken sozusagen verbeamtet sind. Der "Auszubildende" und der "Zuverbeamtende", das ist dieselbe Wellenlänge und derselbe Kohl.

Es ist Zeit, daß wir für den alten "Lehrling" eine Lanze brechen.

Der "Lehrling" ist nichts anderes als derjenige, der zur "Lehre" gehört. Und Lehre ist ja nur, wenn mindestens einer lehrt und einer lernt. Der Lehrling heißt nicht "Lernling", weil er zum Lernen, er heißt "Lehrling", weil er zur Lehre gehört. Und Lehre ist beides, Lehren und Lernen. Und das macht einen Sinn, aktiv und passiv zugleich, während an dem "Auszubildenden" nur aktiv herumgedoktert wird; er selbst hat es passiv zu erleiden. Der "Auszubildende" ist eine im Deutschen abwegige Gerundivkonstruktion. Kein Wunder, daß die jungen Leute nicht mehr vernünftig lernen!

Personalveränderungen

1. Einstellungen

<u>Name</u>	<u>Bereich</u>	<u>Amts-/Dienstbezeichnung</u>	<u>zum</u>
Guthardt, Armin	FB 10	Techn. Angestellter	16.04.1984
Kirchhof, Roswitha	AVMZ	Aushilfsangestellte	02.04.1984 - 30.06.1984
Kleine, Martin	FB 10	Facharbeiter	02.04.1984 - 01.10.1984
Kruse, Ursula-Regina	FB 14	Techn. Angestellte	02.05.1984
Köneke, Wilhelm	FB 10	Techn. Angestellter	02.04.1984
Weißmann, Herbert	FB 14	Techn. Angestellter	02.05.1984
Winterberg, Ralf	FB 6	Techn. Angestellter	02.04.1984

2. Beförderung

Büchler, Edeltraud Bibliothek Bibl.-Amtsrätin 01.04.1984

3. Ernennung

Klose, Edith Bibliothek Bibl.-Inspektorin z.A. 05.04.1984

4. Verbeamtung auf Lebenszeit

Bernards, Marion ZV Reg.-Inspektorin 01.05.1984

5. planmäßige Anstellung

Jux, Ingrid ZV Reg.-Inspektorin 12.05.1984

6. Höhergruppierungen

Finke, Angelika Bibliothek Bibl.-Angestellte 01.04.1984
Frank, Pius ZV Reg.-Angestellter 01.04.1984
Hauschild, Hildegard FB 10 Reg.-Angestellte 01.04.1984
Koch, Manfred FB 13 Techn. Angestellter 01.04.1984
Risse, Annette FB 13 Techn. Angestellte 15.05.1984
Sievers, Werner FB 6 Techn. Angestellter 03.04.1984
Witte, Hubert ZV Reg.-Angestellter 04.05.1984

7. Abgänge

Behm, Gudrun Bibliothek Bibl.-Angestellte 30.04.1984
Benik, Günter FB 14 Techn. Angestellter 30.04.1984
Dr. Kluge, Erhard Pressestelle Pressereferent 30.04.1984
Krüger, Hans-Joachim FB 14 Techn. Angestellter 30.04.1984

8. Verstorben

Pott, Edith FB 14 Reg.-Angestellte am 06.05.1984

Am 14.05.1984 hat Detlef G r e w e, Magister Artium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, als wissenschaftliche Hilfskraft die Arbeit in der Pressestelle aufgenommen.

Leserbriefecke

Betr.: Arbeitszeit und Dienstort

Zu diesem Thema sind zwei Leserbriefe eingegangen. Die vom Rektor geplante Neuregelung hat im übrigen bei den Fachbereichen Ablehnung und Zustimmung gefunden, die negativen Stellungnahmen hatten aber schließlich die Festschreibung der Vorschriften vom 05.10.1982 zur Folge. Die Ablehnungen stützen sich im wesentlichen auf zwei Argumente: 1. wird das alte Verfahren als Basis für eine zufriedenstellende Situation eingeordnet, 2. sollen außerhalb der Hochschule günstigere Bedingungen für wissenschaftliches Arbeiten gegeben sein. Nun wird man in Zweifel ziehen dürfen, daß an Hochschulen mit Präsenzplicht von 40 WStd. (z.B. Universität Frankfurt a.M.), in den zustimmenden Fachbereichen bzw. bei den in anderen Fachbereichen tätigen und überwiegend in der Hochschule arbeitenden Wissenschaftlern unzumutbare Bedingungen für wissenschaftliches Arbeiten vorherrschen. Es erscheint gleichwohl nicht als sinnvoll, die Diskussion neu anzufachen.

Zu den Leserbriefen:

1. Die Wiedergabe einer Vereinbarung über Abwesenheiten ist bei Wahrung des Datenschutzes natürlich nicht als Auszug aus einer Personalakte zu werten.
2. Zum besseren Verständnis des 'bierzeitungsähnlichen' Beitrages bzw. der 'unqualifizierten Blödeleien' vom 04.04. werden ein Auszug aus dem Rundschreiben des Rektors vom 05.10.1982 (Hervorhebungen durch die Redaktion) sowie die Rechtsgrundlage dafür vorangestellt:

§ 11 Abs. 1 ArbeitszeitVO NW vom 02.10.1962

"(1) Der Dienst ist an der Dienststelle und innerhalb der regelmäßigen Dienststunden zu leisten, sofern nicht der Leiter der Dienststelle für einzelne Beamte oder Beamtengruppen eine andere Anordnung trifft."

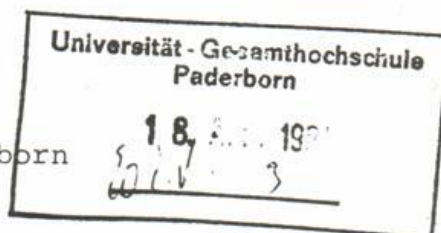
Auszug aus dem Rundschreiben vom 05.10.1982

"3. Dienstort ist grundsätzlich die Hochschule. Abweichend von diesem Grundsatz können die Mitarbeiter mit ihrem unmittelbaren Vorgesetzten Vereinbarungen darüber treffen, wann der einzelne Mitarbeiter an anderen Orten tätig ist. Z.B. ist an die Wahrnehmung dienstlicher Aufgaben in auswärtigen Archiven und Bibliotheken, kooperierenden Forschungseinrichtungen, Forschungsfeldern, bei Tagungen etc., aber auch an die häusliche Vorbereitung gedacht. Bei der Entscheidung sind zwei Prinzipien maßgeblich, nämlich erstens, daß die Regel nicht durch zu extensive Nutzung der Ausnahmemöglichkeiten ihrerseits zur Ausnahme degenerieren darf, und zweitens, daß für die Ausnahme ein sachlicher Grund vorliegen muß. Ein Fall von Degeneration liegt sicher dann vor, wenn ein Mitarbeiter regelmäßig nur an zwei Werktagen pro Woche in der Hochschule anwesend ist, nur in wohlbegründeten besonderen Ausnahmefällen (z.B. längere Archivarbeit, Feldforschung) kann dies während der vorlesungsfreien Zeit - nicht jedoch in der Vorlesungszeit - als zulässig angesehen werden. Beispiele für sachliche Gründe habe ich bereits gegeben, die Liste läßt sich verlängern, mir kommt es darauf an, daß fachspezifische Besonderheiten dabei berücksichtigt werden können. Ein sachlicher Grund ist indes z.B. dann zu verneinen, wenn die auswärtige Dienstleistung mit dem auswärtigen Wohnort des unmittelbaren Vorgesetzten begründet wird. Fachspezifische Gründe sollten nachvollziehbar deutlich dargelegt und nicht summarisch wie z.B. "künstlerische Tätigkeit" beschrieben werden."

Reinhard Doleschal, M.A.
- Soziologie -

Universität Gesamthochschule Paderborn Postfach 10 21 4790 Paderborn

An den
Kanzler der
Universität-GH Paderborn
im Hause



4790 PADERBORN, 16.4.84

Warburger Straße 100, Gebäude
Postfach 10 21

Zimmer Nr.: C 2.339
Telefon (05251) 601 oder 60 2065
(Durchwahl)

Betr.: "hausmitteilungen" vom 4. April 1984

Sehr geehrter Herr Hintze,

die "hausmittlungen. Informationen aus der Universität - GH - Paderborn" vom 4. April 1984 veranlassen mich, an Sie die ernste Frage zu stellen, ob es sich bei der Universität -GH -Paderborn schon um einen westfälischen Karnevalsverein oder noch um eine ernstzunehmende wissenschaftliche Einrichtung handelt. Die unter dem Punkt "Arbeitszeit und Dienstort" auf Seite 16/17 zum Thema Privilegien von Hochschullehrern und Präsenzplicht von wissenschaftlichen Mitarbeitern der Sozial- und Geisteswissenschaften dargelegten Entgleisungen und Auszüge aus Personalakten werfen meiner Ansicht nach schwerwiegende Bedenken und Fragen auf, nach dem Sinn und Zweck derartiger polemischer Aufwiegelungen der Beschäftigten dieser Universität-GH gegen eine Wissenschaftsdisziplin und über einen Sachverhalt, zu dem nur ein sach- und fachkundiger Kreis überhaupt etwas sagen und schreiben sollte. Dies kann im Falle der 'hausmitteilungen' beim besten Willen nicht behauptet werden. Oder ist dies der neue Stil der Verwaltung, mit unqualifizierten Blödeleien das Ansehen der Universität-GH Paderborn vorsetzlich zu beieinträchtigen. Der gemeinte Beitrag erweckt ja geradezu den Eindruck, als bestünde bei den Sozial- und Geisteswissenschaften das 'high life'. Eine Auffassung, hinter der die

Gleichgültigkeit gegenüber Lehre und Forschung unübersehbar ist. Mich würde, sehr geehrter Herr Kanzler, einmal interessieren, ob Sie den Stil und Inhalt der Seiten 16/17 der "hausmitteilungen" so verantworten wollen oder ob daraus nicht notwendige Konsequenzen zu ziehen sind, um weiteren Schaden von der Universität abzuwenden.

Vielleicht können Sie mir in diesem Zusammenhang auch einmal plausibel darlegen, wie Sie als Dienstvorgesetzter der Verwaltung in der Universität-GH Paderborn dafür Sorge tragen wollen, daß in Zukunft persönliche Akten und Absprachen von Angestellten und Beamten dieser Universität-GH Paderborn nicht noch einmal für makabre Karnevalsscherze mißbraucht werden. Stellen Sie sich einmal vor, Auszüge aus Ihrer eigenen Personalakte würden an das Licht der Öffentlichkeit geraten. Wie würden Sie dann reagieren?

Vielleicht denken Sie auch einmal darüber nach, ob das verwaltungsmäßige Produzieren von Kalauern und Ähnlichem mit der Effizienz einer modernen, dynamischen Verwaltung vereinbar ist.

Mit freundlichem Gruß

Ihr



Prof. Dr. Arno Klönne
- Soziologie -

Universität Gesamthochschule Paderborn Postfach 16 21 4790 Paderborn

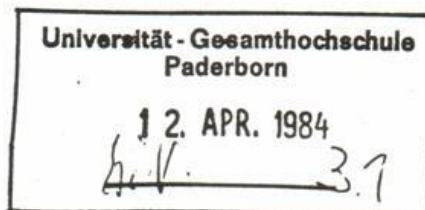
An den Kanzler
der Universität-Gesamthochschule
Paderborn

im Hause

4790 PADERBORN, 10.4.1984

Warburger Straße 100, Gebäude
Postfach 16 21

Zimmer Nr.: C 2-341
Telefon (05251) 601 oder 602064
(Durchwahl)



Betr.: "hausmitteilung" vom 4. d.M.

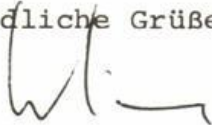
Sehr geehrter Herr Hintze,

in der von der Hochschulverwaltung herausgegebenen "hausmitteilung" vom 4. April d.J. befindet sich auf den Seiten 16/17 ein Text zum Thema "Arbeitszeit und Dienstort". Das Blatt "hausmitteilung" stellt eine hochschuloffizielle, der Öffentlichkeit nicht verborgen bleibende Information dar; beabsichtigt ist dabei - so nehme ich an - nicht etwa eine bierzeitungsähnliche publizistische Aktivität, sondern eine Form der Mitteilung, die ernst genommen werden will. Angesichts dieser Funktion des Blattes stelle ich die Frage, ob der erwähnte Text Ihre Billigung findet. Ich habe den Eindruck, daß er geeignet ist, das Ansehen der Hochschule, speziell der darin genannten Geistes- und Gesellschaftswissenschaften herabzusetzen. Wer mit den näheren Umständen der Meinungsverschiedenheiten in Sachen Anwesenheitsregelung der wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht vertraut ist (und es kann keineswegs vorausgesetzt werden, daß alle Leser Ihrer "hausmitteilung" hier voll informiert

sind), kann aus dem besagten Text nur den Schluß ziehen, daß diejenigen, die gegen eine 40-Stunden-Präsenz der wiss. Mitarbeiter in der Hochschule als Verpflichtung Einwände haben, es an der nötigen Sorge für eine volle Arbeitsleistung oder Leistungsbereitschaft mangeln lassen. Mehr noch, ein in dieser Sache außenstehender Leser muß aus dem Text das Gefühl gewinnen, bislang herrsche bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern zumindest der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften eine Art dolce vita, und nun habe sich endlich der Rektor bereitgefunden, dem durch Regelung der Anwesenheitspflicht ein Ende zu machen. Es geht mir in diesem Brief nicht um die Frage, welche Regelungen in der Sache möglich und richtig sind, sondern um den Hinweis auf eine unsachliche Darstellung der Argumentationslage. Wie auch immer die Präsenz der wissenschaftlichen Mitarbeiter zu regeln sein mag, - keinesfalls läßt sich die Unterstellung halten, Anwesenheit in der Hochschule garantiere Arbeitsleistung und Nichtanwesenheit bedeute bereits Leistungsverweigerung. Eben diese Unterstellung ist aber aus dem Text der "hausmitteilung" herauszulesen. Im übrigen ist zu fragen, wieso in der "hausmitteilung" vom 4. April d.J. zu lesen steht, der Rektor habe eine "von nun an gültige Regelung zu Arbeitszeit und Dienstort" erlassen, während eben diese gemeinte Regelung vom Rektor in seinem Schreiben vom 30. 3. d.J. als Entwurf gekennzeichnet wird und Hochschulgremien um Stellungnahme dazu bis zum 7. 5. aufgefordert werden. Dies kommt mir ungereimt vor.

Freundliche Grüße

Ihr



Betr.: Hausmitteilung vom 4. 4. 1984

"Sandkastenspiel" oder ein Aprilscherz

Sandkastenspieler proben den Ernstfall.

Eigentlich würde es ja reichen, wenn die Bundeswehr erst im Ernstfalle den Umgang mit der Kriegsmaschinerie lernen würde.

Eigentlich würde es reichen, wenn die vom Gesetz vorgesehenen Gremien sich erst dann wieder mit Haushaltsfragen beschäftigen, wenn es etwas mehr als 2 % Finanzzuwachssteigerung zu beraten gibt (Vorschlag: Antrag an den Gesetzgeber zwecks Aufnahme des § 102, Abs. 3 im WissHG: "Mitbeschäftigungsgleitklausel").

Was etwas verwundert, ist die Bürokratschelte durch beteiligte Bürokraten. Hier steckt doch ein Sinn! Die Kosten können es ja wohl nicht sein. Wenn das wissenschaftliche Personal sowieso zu Gremienarbeit verpflichtet ist, die nicht auf Lehre und Forschung angerechnet wird, Studenten durch die Teilnahme in Gremien allenfalls etwas lernen aber nichts kosten und das bißchen nichtwissenschaftliches Personal, das beteiligt wird (ebenso wie die Studenten leider mehr als demokratisches Feigenblättchen) sowieso bezahlt werden müssen - meint der Finanzminister - bleiben rund 400 DM Kopierkosten die nur mit dem Streben nach Transparenz und dem Wortlaut des Gesetzes gewichtet werden. Was bleibt da schon?! Doch nur die Mühe eines Regierungsrates um ein schön gefaßtes Blatt und dessen Kopierkosten, die den oben genannten nicht unähnlich sind (nämlich 405,-- DM).

Wo ist der Sinn in öffentlich gemachter Hausmeinung, koste es was es wolle.

Ein Sandkastenspieler

PS: Falls sich das veröffentlichte Organ sowohl aus gegebenem Anlaß als auch einfach nur mit dem hochgehaltenen Zeigefinger als ein solches entpuppt, wäre es schade um die schönen Formulierungen, denn ich glaube, daß wir mindestens durchschnittlich nüchtern, sauber, ordentlich, in Anbetracht der Parkplatznot verkehrstüchtig, pünktlich, im Umkehrschluß auch meistens satt und auch sonst ganz normal sind. Ständig anderslautende Befürchtungen wegen der einen oder anderen Ausnahme könnte vor stiller Wut blind machen, die sowieso schon langen Gesichter der Bedientesten des öffentlichen Dienstes nach unten verlängern und dazu führen, die Hausmitteilungen nicht nur "Ex und Hopp" zu konsumieren, sondern nur noch letzteres.

Name und Adresse
sind der Redaktion bekannt

Betr.: Akademische Bräuche

Ein besonders aufmerksamer und hartnäckiger Leser hat mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß im Beitrag 'Akademische Bräuche' vom 17.02. die Erklärung für 's.t.' fehlt. Hiermit wird sie nachgeliefert: s. t. = sine tempore = ohne akademisches Viertel.

Zu guter Letzt



Als Bauschule inmitten der Stadt war sie das geliebte

Kind der Höxteraner, als »Abteilung Höxter der Universität Gesamthochschule Paderborn« ist sie etwas auf Distanz gegangen und thront im grauen Betonklotz auf dem Ziegenberg. Doch ist diese Distanz nicht so groß, als daß sich ein Staat in der Stadt entwickelt hätte. Viel Positives, aber auch Negatives rollt den Berg hinunter. Ein 10 000-Mark-»Scherz« macht nun die Runde. Da soll doch wahrhaftig auf einer Hofrabatte der gemeine Schachtelhalm sich verwegen zwischen flächendeckenden Zierpflanzen ausgebreitet haben. Und da in einer öffentlichen Anlage schließlich Ordnung herrschen muß, ging es

dem widerspenstigen Unkraut radikal zu Leibe. Die so verunzierten Pflanzen wurden ausgegraben, der »verseuchte« Boden abgetragen, neuer Boden aufgetragen und die Zierpflanzen wieder eingegraben. 10 000 Mark soll dieser Spaß gekostet haben. Da jedoch nur wenige Meter wieter der böse Schachtelhalm unbeirrt üppig sprießt und tiefgründige Wurzeln sich unter den Fundamenten dieser Vernichtungsaktion entzogen haben, wird letztlich wohl die Natur Sieger bleiben – auf ein Neues im nächsten Jahr. Dem Steuerzahler bleibt bei solchen Scherzen der Lacher im Halse stecken. **Marlis Eggers**

Aus 'WES TFAL EN-BLATT' vom 22. 5. 1984

Der Tatbestand, der zu einer Glosse im Westfalen Blatt Anlaß gab, betrifft die Sanierung der Staudenflächen am Gebäudeteile 1000 des Gebäudekomplexes der Abteilung Höxter der Universität-GH-Paderborn.

Wie die Landespfleger des Fachbereichs 7 der Abteilung dazu vermerken, handelte es sich hierbei um eine "notwendige und sinnvolle" Maßnahme. Nach eingehenden Überlegungen, so die Landespfleger, und in Rücksprache mit anderen Fachleuten sei ein Bodenaustausch durchgeführt worden um

- a) das im Boden vorhandene Unkraut zu beseitigen,
- b) den vernäßten und sauren Boden (Einheitserde) zu entfernen,
- c) unkrautfreien, wasser- und luftdurchlässigen Boden (Oberboden-Sand-Gemisch) einzubringen,
- d) mit dem Boden Dünger und Langzeitwirkstoffe einzubringen,
- e) die Untergrundentwässerung und die Entwässerung des Wasserbeckens zu verbessern,
- f) ein höhen- und profilgerechtes Planum zu erreichen und
- g) die notwendigen Umpflanzungen und Verjüngungen der Stauden vornehmen zu können.

Die durch diese Maßnahmen entstandenen einmaligen Kosten seien, betonen Vertreter der Landespflege, angemessen und zur Funktionsfähigkeit dieser Anlage notwendig.

Die Redaktion fragt allerdings: warum nicht gleich so?